



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

20. Dezember 2018

Gegen rechte Propaganda +++ Haushaltsfragen +++ Quasi-Ankerzentrum +++ Viva La Bernie +++ Wem gehört Hamburg?

Liebe Leserinnen und Leser,



Erinnerung an den Arbeiterstreik bei den Lauensteinischen
Waggonfabriken in Hammerbrook 1869 (Foto: M. Joho)

das Jahr neigt sich unwiderruflich dem Ende zu, Zeit also, Zwischenbilanz zu ziehen und einen Blick nach vorn zu wagen.

Für uns in der Linksfraktion standen die letzten Wochen stark im Zeichen der Debatte zum Hamburger Doppelhaushalt 2019/2020, die in einem dreitägigen Bürgerschafts-Marathon vom 11. bis 13. Dezember abgearbeitet wurde. Wer die Energie hatte, zumindest zeitweilig in die Diskussionen hineinzuhören, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, dass wieder allerlei Fensterreden gehalten wurden. Auch wenn's allen eigentlich klar ist, aber den Vogel hat die grüne Abgeordnete Ulrike Sparr, Sprecherin ihrer Fraktion für Umwelt und Energie, abgeschossen. Ihr rutschte nämlich erkennbar der Satz heraus, »wir« – damit meinte sie die Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – lehnen sowieso alle Anträge der Opposition ab. Nun denn. Wir nehmen in diesem BürgerInnenbrief eine beispielhafte Einschätzung der wohnungs- und verkehrspolitischen Debatte auf.

Zunehmend belastend, wenn nicht bedrohlich, sind die Tendenzen im großen Maßstab: Das US-amerikanische Präsidenten-Trumpel gefährdet mehr und mehr die weltpolitische Lage, der Klimawandel wird jedenfalls nicht von den Großkopfen der internationalen Politik begrenzt, in Europa schreitet der Rechtspopulismus voran, die nächste Finanz- und Wirtschaftskrise deutet sich bereits in rückläufigen

ökonomischen Daten und Prognosen an, das politische Parteiensystem in Deutschland gerät ins Wanken, und Rot-Grün in Hamburg wie auch die Bundesregierung negieren die immer weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich. Keine guten Aussichten also. Und DIE LINKE stagniert mehr oder weniger in den Bevölkerungsumfragen. Schönfärberei nützt leider gar nichts, wir haben uns auf härtere Zeiten einzustellen. Aber vielleicht motiviert das ja die eine oder den anderen, eindeutiger Flagge zu zeigen?!

Zu allem Überfluss müssen wir alle noch mal auf die Straße, wenn am 20. Dezember ausgerechnet AfD-Chef Alexander Gauland im Rathaus seine rechtsextremistischen Thesen zum Besten gibt (s. dazu den Aufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts auf Seite 2).

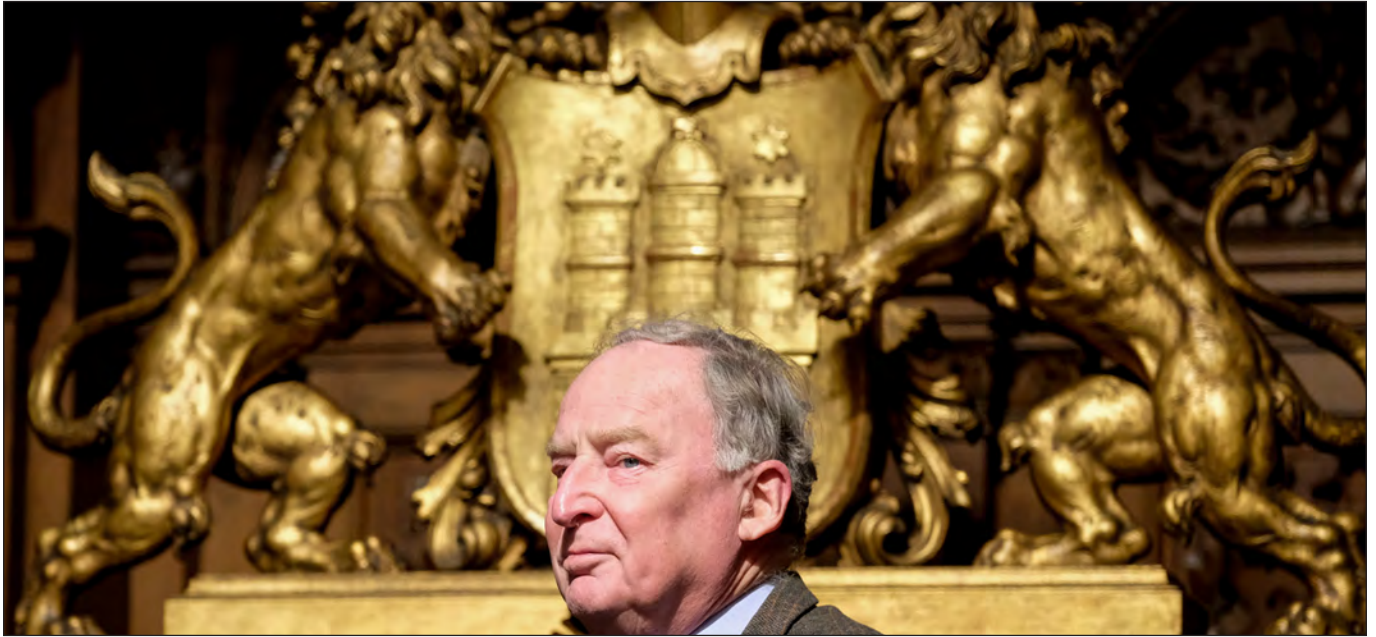
Auch in den kommenden Monaten werden wir der Rechtsentwicklung durch Proteste und Aktionen von unten trotzen müssen. Über die Linksfraktion werden sie auch weiterhin ihren Niederschlag in der Hamburgischen Bürgerschaft finden.

Ansonsten wünschen wir allen Leserinnen und Lesern des »BürgerInnenbriefes« ein paar wunderbare Feiertage und einen entspannten Jahreswechsel. Im Januar melden wir uns wieder.

Herausgeberinnen und Redaktion

Gauland kommt, wir auch!

Kundgebungsaufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts



Alexander Gauland am 9.3.2017 im Hamburger Rathaus (Foto: dpa)

Am Donnerstag den 20. Dezember, soll AfD-Chef Alexander Gauland auf Einladung der Hamburger AfD-Fraktion ab 19.00 Uhr im Rathaus zum Thema »AfD in den Parlamenten – unsere Politik wirkt« sprechen. Wir werden diesen Termin nutzen, um gegen die AfD und ihre rechte Propaganda zu protestieren.

Kommt zur Kundgebung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts:

**Donnerstag, 20. Dezember, 18.00 Uhr,
Mönckebergstraße, Ecke Große Johannisstraße/
Rathausstraße**

Hetze durch Gauland ...

Der Bundesvorsitzende der AfD Gauland steht wie kaum ein anderer Funktionär exemplarisch für die kontinuierliche Rechtsentwicklung der Partei hin zu einer in Teilen faschistischen Sammlungsbewegung. Einerseits kann der Grandseigneur aufgrund seiner großbürgerlichen Herkunft immer wieder alle Strömungen der AfD integrieren, andererseits öffnet er durch gezielte Tabubrüche und Protektion des faschistischen Flügels um Björn Höcke die Flanke immer weiter nach rechts. Es war schon vor geraumer Zeit Gauland, welcher die »Erfurter Erklärung« der Partei-Rechten unterzeichnete und sich gegen ein Ausschlussverfahren Höckes aussprach. Es war Gauland, der schon 2016 öffentlich bezüglich der Identitären Bewegung erklärte: »die können alle zu uns kommen« und damit den behaupteten Unvereinbarkeitsbeschluss durchbrach. Im gleichen Jahr posierte er für ein Foto mit dem Hamburger Neonazi und ehemaligen NPD-Spitzenkandidaten Björn Neumann. In den letzten Jahren steigerte sich der AfD-Agitator in rassisti-

schen Ausfällen. Er beleidigte während der Fußball-WM den Nationalspieler Jérôme Boateng und forderte im Wahlkampf 2017 die »Entsorgung« der SPD-Staatsministerin Aydan Ösoguz in Anatolien – wohl wissend, dass Frau Ösoguz in Hamburg gebürtig ist. Ende August 2018 relativierte Gauland dann die rassistische Pogromstimmung in Chemnitz als »normal«.

Anlässlich des angekündigten Themas können wir feststellen, dass die AfD im Bundestag als Lautsprecher geschichtsrevisionistischer, rassistischer, frauenfeindlicher und homophober Politik wirkt. Die Partei hat weder in Berlin noch in Hamburg ein Interesse an politischer Debatte und konstruktiver Arbeit, sondern nutzt das Parlament ausschließlich als Propaganda-Bühne für üble Hetze. Und auch hier ist Gauland mit seiner Relativierung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen als »Vogelschiss der Geschichte« der lauteste Tabubrecher der braunen Partei. Das funktionelle Verhältnis der AfD zum Bundestag und zum Parlamentarismus propagierte Gauland erst vor zwei Monaten ganz offen gegenüber der FAZ, als er erklärte, dass »das politische System im Sinne des Parteiensystems« weg müsse.

... und in Hamburg

Auch in Hamburg ist die AfD mehrmals weiter nach rechts gerückt. Erst nach der Abspaltung des nationalliberalen Flügels um Bernd Lucke, dann nach der weiteren Abspaltung von Frauke Petry und Co. und in diesem Jahr durch den Austritt des letzten hanseatischen Feigenblattes Prof. Jörn Kruse aus der Hamburger Fraktion und Partei, wegen der Zusammenarbeit seiner Ex-Partei mit »Rechten und Rechtsradikalen« (O-Ton Kruse). Übrig geblieben ist in Hamburg eine üble Mischung aus reaktionären Hardlinern, völkischen Apologeten und machtgeilen Karrieristen. Auch in den letzten Wochen bestätigte die

Hamburger Fraktion diese Ausrichtung: Sie will LehrerInnen wegen ihres differenzierten Demokratie-Unterrichts an den Internet-Pranger stellen und forderte erst am 12. Dezember via den burschenschaftlichen Abgeordneten Alexander Wolf, »interkulturelle Projekte abzuschaffen«.

Gegen die AfD und ihr Umfeld

Wir stehen weiterhin für einen interkulturellen Dialog ein, für ein weltoffenes Hamburg für alle Menschen, gleich welcher Herkunft, Religion oder Staatsbürgerschaft, für eine »open

city« und sichere Häfen für Geflüchtete. Tausende von Menschen haben dieses Jahr unsere Demonstrationen gegen die rechten Aufmärsche unter dem Titel »Merkel muss weg« unterstützt.

Jetzt ist es an der Zeit, auch dem parlamentarischen Flügel dieser Deuschtümelei, dieser völkisch-rassistischen Bewegung entgegen zu treten!

Das bisschen Haushalt ...

von Heike Sudmann



Geldmaschine... (Foto: Michael Joho)

Vom 11. bis zum 13. Dezember 2018 fanden in der Bürgerschaft die abschließenden Beratungen des Haushalts für die Jahre 2019 bis 2020 statt. Dem vorangegangen sind das Durchwühlen zighunderter Seiten des Haushaltsplan-Entwurf des Senats, etliche Stunden Ausschusssitzungen und intensive Beratungen in der Fraktion und Partei.

Hier folgen kurzgefasst die Kritik und die Forderungen zu den Bereichen Wohnen und Verkehr.

Wohnungspolitik in Hamburg: Steigende Mieten, fehlende Wohnungen: neue Wege erforderlich

Bauen, bauen, bauen und Drittmix lautete das Rezept von Olaf Scholz gegen den Mietenwahnsinn. Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Neubau von mehr als zwei Drittel teuren Wohnungen mitnichten die Mietenexplosion gestoppt. In den sieben Jahren SPD-geführter Senate sind die Mieten um fast 20% gestiegen. Diese falsche bzw. völlig unzureichende Medizin darf der Stadt nicht länger verabreicht werden.

DIE LINKE fordert im Neubau einen Anteil von Sozialwohnungen, der dem Anteil von Haushalten mit niedrigem Einkommen, die einen Anspruch auf solche Wohnungen erheben könnten, entspricht. Das sind derzeit rund 50%.

Wohnungen, die einmal öffentlich gefördert worden sind, sollen aus Sicht der LINKEN dauerhaft öffentlich gebunden sein. Damit wird dieser verrückte Kreislauf, alle 15 oder 20 Jahre mit dem Auslaufen der Bindung wieder öffentliche Gelder für neue begrenzte Bindungen ausgeben zu müssen, durchbrochen. Gleichzeitig wird damit der Anteil der Sozialwohnungen im Laufe der Jahre erheblich gesteigert. Die rot-grüne Politik schafft es gerade mal, den heute schon zu niedrigen Bestand von rund 80.000 Sozialwohnungen bis 2030 zu halten.

Städtische Wohnungsbaugrundstücke sollen nicht mehr verkauft, sondern im Erbbaurecht an Genossenschaften und Wohnungsunternehmen, die sich dem Gemeinwohl verpflichten, vergeben werden. Diese jahrelange Forderung der LINKEN scheint ja auch langsam in die Hirne von Rot-Grün einzusickern. Aber vermutlich wird es nur eine halbgare Lösung geben, denn das Erbbaurecht soll bei weitem nicht auf alle Grundstücke angewandt werden.

Dauerhafte Sozialwohnungen und Erbbaurechte sind aus Sicht der Linken ein wichtiger Beitrag gegen Spekulation und Mietenwahnsinn.

Verkehrspolitik in Hamburg: Wie wäre es mit einer sozial-ökologischen Verkehrswende?

Die Verkehrspolitik des Senats ist nachhaltig schlecht. Das merken vor allem jene HamburgerInnen, die sich nicht mit dem Auto fortbewegen wollen. Das merken aber auch die Fachleute. Der aktuelle »Bundesländerindex Mobilität und Umwelt«¹ sieht Hamburg auf Platz 14 von 16. Die Luft- und Lärmbelastung durch den Verkehr ist in der Hansestadt immer noch zu hoch. Zu viel Autoverkehr, zu hohe Geschwindigkeiten, zu wenig Platz für Fuß und Rad bleiben leider das Markenzeichen der rot-grünen Verkehrspolitik.

DIE LINKE setzt auf eine sozial-ökologische Verkehrswende. Wer den HVV nutzt, soll unterstützt und nicht bestraft werden. Statt der jährlichen Fahrpreiserhöhung setzt die LINKE auf eine Senkung der HVV-Preise. Im ersten Schritt soll eine Monatskarte 60 Euro kosten, im nächsten Schritt ist das 365-Euro-Jahresticket einzuführen.

Zusätzlich sollen ab dem 1. Juli 2019 Sozialkarten-InhaberInnen, SchülerInnen, Studierende und Auszubildende kostenlos den HVV nutzen können (Drs. 21/15216). Übrigens hat das rot-rot-grüne Berlin in diesem Jahr bereits die kostenlose Nutzung des ÖPNV für SchülerInnen beschlossen. Für SeniorInnen in der Grundsicherung hatten wir schon im November die kostenlose HVV-Nutzung gefordert sowie den Wegfall der Sperrzeiten für alle SeniorInnenkarten. Das wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Die **Anträge** der LINKEN zu den **dauerhaften Bindungen** (Drs. 21/15211), für mehr Personal für den **Wohnraum-schutz** (Drs. 21/15212) sowie mehr Mittel für das **RI-SE-Programm** und die **Stadtteilbeiräte** (Drs. 21/15210) können in der Parlamentsdatenbank angesehen werden. Heike Sudmanns achtminütige **Rede** zu diesem Thema ist hier zu sehen: <https://mediathek.buergerschaft-hh.de/videoschnitt/1544728628-1544729175/>)

Ihre ebenfalls achtminütige Rede zum Thema **Verkehrspolitik** kann hier nachverfolgt werden: <https://mediathek.buergerschaft-hh.de/videoschnitt/1544712434-1544712964/>)

Mit unserem Antrag zu geschützten Radstreifen an Hauptstraßen wollen wir Radfahren mit Sicherheit und Komfort ermöglichen (Drs. 21/15215). Der Erste Bürgermeister hatte vor wenigen Tagen verkündet, dass er eine sichere Teilnahme am Radverkehr ermöglichen will. Mit den geschützten Radfahrstreifen kann er seine Worte in Taten umsetzen. Die normalen Radstreifen in Hamburg sind jedenfalls oft keine sicheren Wege fürs Rad, sondern nur Striche, zwischen denen ständig Autos parken.

¹ www.allianz-pro-schiene.de/wettbewerbe/bundeslaenderindex-mobilitaet-umwelt/

Hamburg setzt den Anker

Nathalie Meyer über die Umstrukturierung des Ankunftszentrums zum Quasi-Ankerzentrum



Mietenmove 2018 (Foto: Michael Joho)

Das so genannte Ankunftszentrum wurde als Reaktion auf den »Sommer der Migration« als zentrale Erstaufnahmeeinrichtung Mitte 2016 in Hamburg-Rahlstedt eröffnet und ist die erste Anlaufstelle für alle in Hamburg neu ankommenden Geflüchteten. Dort erfolgt ihre Registrierung, eine ärztliche Untersuchung, die Asylantragsstellung sowie die Anhörung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Nach Ablauf dieser Verfahrensschritte – nach spätestens ei-

ner Woche – erfolgte eine Umverteilung auf eine der dezentralen Erstaufnahmeeinrichtungen in Hamburg. Zur dauerhaften Unterbringung von Geflüchteten wurde das Ankunftszentrum weder geplant, noch ist es dazu baulich geeignet.

Klammheimlich hat aber nun die Behörde für Inneres entschieden, dass seit dem 1. Oktober 2018 bestimmte Perso-

Nathalie Meyer ist Referentin von Christiane Schneider

nengruppen bis zu sechs Monate im Ankunftszentrum verbleiben müssen. Betroffen sind Menschen aus so genannten sicheren Herkunftsländern und die »Dublin-Fälle« (das sind Geflüchtete, die bereits in einem anderen EU-Staat registriert wurden), also solche Personengruppen, denen die Behörde eine vermeintlich schlechte Bleibeperspektive zuschreibt.

Diese Differenzierung zwischen vermeintlich guter oder schlechter Bleibeperspektive ist faktisch aber gar nicht möglich. Abschiebungen in Drittstaaten im Rahmen des Dublin-Verfahrens scheitern regelmäßig aus den unterschiedlichsten Gründen, und trotz der Klassifizierung eines Landes als »sicher« können dort Personen verfolgt werden und Anspruch auf Asyl oder Anerkennung als Geflüchtete/r nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben.

Die Unterbringungssituation der längerfristig im Ankunftszentrum untergebrachten Geflüchteten ist desolat. Obwohl immer mehr dezentrale Erstaufnahmeeinrichtungen mit besseren Standards geschlossen werden und damit Kapazitäten vorhanden wären, werden die Geflüchteten in einer stickigen Halle in so genannten Kompartiments untergebracht. Diese zumeist mit sechs Betten ausgestatteten Räume sind seitlich begrenzt, aber nach oben offen. Dies hat zur Folge, dass alle Untergebrachten von der zentralen Beleuchtung abhängig sind (an den Betten befinden sich lediglich kleine Nachtlichter). Die Selbstbestimmung über Tagesabläufe ist somit nicht möglich und insbesondere Familien mit kleinen Kindern werden deren Schlafzeiten kaum mit der zentralen Beleuchtung vereinbaren können. Die fehlende Abgrenzung nach oben schlägt sich auch auf die Akustik nieder. Geräusche, Gespräche u.ä. werden so zur permanenten Belastung für alle dort Untergebrachten. Im Falle nächtlicher Abschiebungen – die regelmäßig stattfinden – ist davon auszugehen, dass alle ZeugInnen der Abschiebungen werden und sich dadurch bei ihnen Ängste und Unsicherheiten verstärken.

An Rückzugs- oder Ruheräumen fehlt es völlig. Für den Aufenthalt außerhalb des eigenen Stockbettes stehen lediglich ein Speisesaal und ein großer, schmuckloser und unerträglich lauter Aufenthaltsraum zur Verfügung. Einen Ort, an dem man sich gerne aufhalten würde, sucht man im Ankunftszentrum vergeblich. Auch fehlt es dort an vernünftigen Angeboten: Diese sind gänzlich darauf ausgelegt, die Geflüchteten auf ihre Abschiebung in ihr Herkunftsland oder einen Drittstaat vorzubereiten.

Statt Deutsch- oder Integrationskursen gibt es Basissprachkurse in Italienisch, Griechisch, Polnisch oder Schwedisch und Länderinformationen über die Länder, in die abgeschoben werden soll. Zusätzlich werden die Geflüchteten regelmäßig (zwangs-)beraten, welche Möglichkeiten es zur »freiwilligen« Ausreise gibt.

Begleitet wird dieses Programm von Maßnahmen, die den »sozialen Frieden« im Ankunftszentrum erhalten sollen. Konkret heißt das: Statt die Bedingungen in der Unterkunft zu verbessern, wird der Perspektivlosigkeit, dem Frust über die Unterbringungssituation, möglichen Folgewirkungen von traumatischen (Flucht-)Erfahrungen und dem Stress aufgrund des engen Zusammenlebens mit völlig fremden Men-

schen, ohne Rückzugsmöglichkeit und Freizeitangebote – mit Entspannungsübungen begegnet!

Anders als vom Bundesinnenminister Horst Seehofer für AnkER-Zentren (d.h. »Zentren für Ankunft, Entscheidung, Rückführung«) gefordert, sind in Hamburg nicht alle am Asylverfahren beteiligten Institutionen im Ankunftszentrum zentralisiert. Begriffliche Feinheiten können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das hamburgische Ankunftszentrum die Funktion eines AnkER-Zentrums auf ganzer Linie erfüllt – Ankommen, Entscheiden, Rückführen. Die gesamte Umstrukturierung des Ankunftszentrums ist auf das Ziel ausgerichtet, bestimmte Personengruppen zur »freiwilligen« Ausreise zu bewegen oder sie ansonsten schnell und effizient abschieben zu können. Die Anforderungen an eine an den Bedürfnissen der Geflüchteten orientierte Unterbringung und eine humane und an den Menschenrechten ausgerichtete Migrationspolitik bleiben hingegen auf der Strecke. Die Politik des Hamburger Senates bettet sich damit nahtlos in den bundespolitischen Diskurs zur Verschärfung des Asyl- und Aufenthaltsrechts ein und trägt ihren Anteil zur menschenverachtenden Abschottungspolitik gegen Geflüchtete bei.



Mietenmove 2018 (Foto: Michael Joho)

VIVA LA BERNIE!

Forderungen der Initiative rund um die Bernstorffstraße 117



Die Ini in der Innenstadt, September 2018 (Foto: Viva la Bernie)

Der Kampf um den Erhalt bzw. die Übernahme der Bernstorffstraße 117 ist in den vergangenen Wochen öffentlich gemacht worden. Maßgeblichen Anteil hat daran die Initiative »Viva la Bernie!«. Ihr verdanken wir auch die nachfolgende Schilderung der Ereignisse und die Benennung ihrer aktuellen Forderungen, denen wir uns gerne anschließen.

VIVA LA BERNIE – Gewachsene Nachbarschaften verdienen Schutz

Es rumort in Altona rund um die Bernstorffstraße 117. Die Nachrichten rund um den Verkauf des Ensembles und der Versuch eines Rückkaufs haben in den vergangenen Monaten viele Menschen in Hamburg interessiert. Maßgeblichen Anteil hat daran der Verein »Viva la Bernie e.V.«

Neongrün ist der VIVA LA BERNIE Sticker, der inzwischen überall in Hamburg ins Auge fällt. Neongrün leuchtete im November auch das Stadion am Millerntor während des Heimspiels des FC St. Pauli gegen den 1. FC Heidenheim: Die Gegengerade zierte ein 36-Meter-Banner mit der Aufschrift »VIVA LA BERNIE – FÜR DIE ZUKUNFT UNSERER STADT«. Neongrün war der Flyer-Regen aus den Séparées der Haupttribüne. VIVA LA BERNIE schallte durchs Stadion und selbst die Anzeigentafel würde kurzfristig neongrün.

Häuser kann man bauen, Nachbarschaften nicht

Die Initiative VIVA LA BERNIE, eine seit über 35 Jahren gewachsene Gemeinschaft aus HandwerkerInnen, Kreativen, MusikerInnen und BewohnerInnen, kämpft um den Rückkauf ihres Werkhofs in der Bernstorffstraße. Im Juni 2017 war ihre Heimat an die AC Immobilieninvestment GmbH verkauft worden – ein Unternehmen, dessen Inhaber Alexander Möll und Christoph Reschke im Hauptberuf die Geschäfte von HINES Germany leiten. Hines ist einer der größten Immobilieninve-

storen der USA und operiert weltweit. Die Gemeinschaft erfuhr per Post vom Verkauf, obwohl sie schon länger ihrem Vermieter, dem bisherigen Eigentümer, mitgeteilt hatte, im Verkaufsfall ein eigenes Angebot abgeben zu wollen. Schließlich gab es seit langem ein stilles Agreement: Weil der Hof in Eigenregie gemeinschaftlich in Stand gehalten wurde, blieben die Mieten bezahlbar. Stattdessen wurden nun Mietverhältnisse infrage gestellt und der Auszug einer neuen Untermieterin gefordert. Der Plan der neuen Eigentümer schien simpel: Frei werdende Flächen modernisieren, neuvermieten und neu bebauen. Obwohl hier über 100 Menschen wohnen und arbeiten.

Die Hofgemeinschaft wurde schnell aktiv. Gleichzeitig wurde von der Politik eine Städtebauliche Erhaltungsverordnung für das Quarree rund um die Bernstorffstraße erwirkt. Bis auf Weiteres darf hier weder abgerissen, neu bebaut noch nachverdichtet werden. Ein erster Erfolg, nicht zuletzt durch den Rückhalt des Bezirks Altona. Nun könnte man sich fragen: Was will der Investor dann noch mit diesem Gelände? Keine kompakte Bebauung mit luxuriösen Eigentumswohnungen, das verspricht auch keine Rendite.

Sie haben sich in der Tür geirrt

Die Ansage der Gemeinschaft an die Investoren lautete: »Verkauft uns zurück, was seit ewig unser Zuhause ist«. Sieben Millionen Euro wurden geboten. Eine Summe, die nicht nur den geschätzten Kaufpreis abdeckt, sondern auch die Kosten für Grunderwerbssteuern, Notar- und Gerichtskosten. Es bleibt unterm Strich eine satte Rendite von mindestens einer Million Euro.

Wie ernst es der Hofgemeinschaft mit dem Rückkauf ist, wurde unterschätzt. Als die neuen Eigentümer über ihren Berater Matthias Onken ausrichten ließen, man wolle ein Finanzierungskonzept über die gebotenen sieben Millionen prüfen,

wurde die Gemeinschaft aktiv. In nur wenigen Wochen wurde in einem unglaublichen Kraftakt eine seriöse Finanzierung gestemmt. Größter Finanzier ist eine Bank, die inhaltlich hinter dem Hof steht – der Rest summiert sich durch über 100 private Darlehen. Gewährt von Menschen, die zwar nicht reich sind, aber hinter der Idee stehen, den Hof in eine Genossenschaft zu überführen und für immer dem Immobilienspekulationsmarkt zu entziehen.

Viele Prominente unterstützen ebenfalls die Gemeinschaft: Darunter Fatih Akin, Heinz Strunk, Viva con Agua, Rocko Schamoni, Deichkind, Neonschwarz, Schorsch Kamerun, Oke Göttlich für den FC St. Pauli. Alle haben eine persönliche Verbindung zum Hof. Am 28. September feierte die BERNIE das Erreichen der sieben Millionen mit einem Hofkonzert. Zur selben Zeit wurde das Finanzierungskonzept per Kurier den Eigentümern zugestellt.

Warum das Mietangebot eine Mogelpackung ist

Die Reaktion der Investoren folgte schnell: Man habe keine Absicht zu verkaufen, freue sich aber über derart solvente MieterInnen. Statt des Handschlags zum Verkauf erreichte die

MieterInnen ein Mietangebot. Eine günstige Miete für Gewerbe und Wohnen, die ab dem elften Mietjahr ortsüblich angepasst werde. Begrenzt auf 25 Jahre, samt Vorkaufsrecht, falls der Vermieter sich zum Verkauf entschließen wolle. Der Kaufpreis würde in diesem Fall durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Gutachter festgelegt.

Was gut klingt, hat viele Haken. Abgesehen von der befristeten Laufzeit ist das Angebot an Verhandlungen über Nachverdichtungen auf dem Gelände und eine Aufstockung der Bestandsgebäude geknüpft. Einerseits würde dieses Mietangebot den Konflikt um den Hof nur um Jahre verschieben, andererseits würde der Zuschlag auch bedeuten, dass die Städtebauliche Erhaltungsverordnung durch Sondergenehmigungen ausgehebelt würde. Die BERNIE lehnt dieses Angebot ab und pocht weiter auf Kauf. Denn es geht um mehr: Wer bestimmt darüber, wie wir leben? Ist der Immobilienmarkt stärker als der Bürgerwille? Diese Fragen bewegen nicht nur die MieterInnen der Bernstorffstraße 117, sondern immer mehr HamburgerInnen, die von Mietenwahnsinn und Ausverkauf unserer Städte betroffen sind.

City-Hof: Das muss doch kaputtgehen!

Heike Sudmann über fortgesetzte Senats-Tricksereien



Hintergrund: Pauli-Pirat/wikimedia ©
vorne: Heike Sudmann

Oft genug werfen wir als LINKE dem Senat zu wenig Engagement vor. Im Falle des City-Hofs jedoch legt dieser eine nahezu unglaubliche Energie und Kreativität an den Tag. Leider nicht für ein faires Verfahren rund um den Schutz des Welterbes Speicherstadt und Kontorhausviertel, nicht für den Denkmalschutz und auch nicht für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Vielmehr versucht der Senat mit allen Mitteln, den Abriss des City-Hofs durchzusetzen.

Zur Erinnerung:

Der City-Hof steht unter **Denkmalschutz**. Eigentümerin des Gebäudes und des Grundstücks ist die Stadt Hamburg. Denkmalschutzgebäude darf eine öffentliche Eigentümerin

nur abreißen, wenn es ein besonderes öffentliches Interesse daran gibt. Dieses Interesse begründete der Senat mit Wohnungsbau. Allerdings können Wohnungen sowohl im Neubau als auch im bestehenden Gebäude realisiert werden.

Der City-Hof befindet sich im unmittelbaren Umfeld, der sogenannten Pufferzone, des **UNESCO-Welterbes »Speicherstadt und Kontorhausviertel«**. Deshalb geht es sowohl beim Altbau als auch beim Neubau um die Frage, ob der City-Hof Auswirkungen auf den »außergewöhnlichen universellen Wert« des Welterbes hat. Genau diese Frage untersucht die ICOMOS-Beratungsmission für das UNESCO-Welterbezentrum. Der Senat hat sich verpflichtet, nur mit Zustimmung von ICOMOS/UNESCO den Abriss des City-Hofs zuzulassen.

Bewusste Falschmeldung des Senats

Die neueste Episode beginnt mit einer Falschmeldung des Senats. In seiner Pressemitteilung vom 27. November behauptet der Senat, das Beratungsgremium der UNESCO, ICOMOS, habe festgestellt, dass das Welterbe nicht durch die Planungen zum Abriss und Neubau des City-Hofs gefährdet sei. Das würde sich aus einem Entwurf (!) des ICOMOS-Berichts ergeben. Wenige Stunden, nachdem diese Pressemitteilung das Licht der Welt erblickt hat, korrigiert und kritisiert ICOMOS den Senat. Dessen Meldung sei ein »bedauernswerter Fehler« – übersetzt aus dem DiplomatInnen-Sprech heißt das: Ihr habt die Unwahrheit gesagt.

Die Verärgerung von ICOMOS ist mehr als verständlich. Drei Wochen vorher, nämlich am 6. November, wurde in Paris auf Wunsch des UNESCO Welterbezentrums vereinbart, dass es zu den Ergebnissen der Beratungsmission eine gemeinsame Erklärung des UNESCO Welterbezentrums, ICOMOS und der Stadt Hamburg geben soll. Der Senat versucht jedoch, vorher Fakten zu schaffen.

Auf meine Frage, weshalb er entgegen der Vereinbarung und vor allem ohne den abschließenden Bericht von ICOMOS die oben genannte Pressemitteilung herausgegeben hat, bekomme ich eine interessante Antwort. Denn anders als in den letzten drei Jahren ist für den Senat auf einmal Transparenz und zeitnahe Information wichtig. »Im Übrigen sehen sich die zuständigen Behörden angesichts des öffentlichen Interesses verpflichtet, zeitnah über aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit der Advisory Mission zum UNESCO Welterbe Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus zu informieren. Aus diesem Grund wurde auch die Mitteilung des UNESCO Welterbezentrums, übermittelt durch das Auswärtige Amt am 27. November 2018, veröffentlicht, ohne dass eine Stellungnahme oder ein Abschlussbericht von ICOMOS vorgelegen hat ... Es bestand kein Anlass, diese Mitteilung in Zweifel zu ziehen.« (s. Drs. 21/1531 vom 11.12.2018)

Ach ja, Schuld sind also auch noch die Anderen, in diesem Fall das Auswärtige Amt. Wie tief kann ein Senat, der von blinder Abrisswut beim City-Hof getrieben ist, noch sinken?

Kleiner Exkurs zu Rechtsfragen rund um den Abriss des City-Hofs

Auch die Rechtmäßigkeit seines Vorgehens scheint für den Senat weniger im Mittelpunkt zu stehen, als die Frage, ob es KlägerInnen gegen den Abriss geben kann.

In der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft zum »Gebotsverfahren »Quartier am Klosterwall« (Drs. 21/2904 vom 19.01.2016) heißt es unter Nr. 4.5.1 Vertragsannahme: »Die Stadt darf das Angebot erst annehmen, wenn die Käuferin den Hochbauwettbewerb durchgeführt hat und der vorhabenbezogene Bebauungsplan die Vorweggenehmigungsreife nach §33 BauGB erreicht hat und der städtebauliche Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan zwischen der FHH und der Käuferin unter der aufschiebenden Bedingung der Annahme des Angebots abgeschlossen worden ist.«

Die Vorwegenehmigungsreife des Bebauungsplans wird nach neuestem Stand frühestens im Sommer 2019 erreicht. Daher kann die Stadt das Kaufangebot der Fa. August Prien über 35 Mio. € noch nicht annehmen und bleibt somit Eigentümerin des Grundstücks und der Gebäude darauf. Einen Antrag auf Abriss kann jedoch nur die Eigentümerin stellen. Der vor einem Jahr, am 20. Dezember 2017, von der Fa. August Prien gestellte Antrag auf Abbruch und Neubau kann somit noch nicht positiv beschieden werden.

Neben einer baurechtlichen Genehmigung ist im Falle des Denkmals City-Hof auch eine denkmalschutzrechtliche Abbruchgenehmigung erforderlich. Dafür müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Anders als ein/e Privateigentümer/in kann sich die Stadt als Eigentümerin nicht auf eine möglicherweise wirtschaftliche Unzumutbarkeit des Erhalts des Denkmals City-Hofs berufen. Deshalb hat der Senat mit einem Trick versucht, den Denkmalschutz zu umgehen. Er stellt die Schaffung von Wohnraum in dem geplanten Neubau als überwiegende öffentliche Interessen dar, die den Denkmalschutz aushebeln könnten. Gleichzeitig versuchte er, die in dem Wettbewerbsverfahren vorgeschlagene Variante zum Erhalt des City-Hofs mit Wohnnutzung als unmöglich darzustellen (s. Senatsdrucksache Nr. 2018/00584 vom 23.2.2018). Erst in letzter Minute ruderte die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) in einer nachgereichten Protokollklärung zurück und verlautbarte: »In welchem Umfang Wohnnutzung unter Einhaltung der dargestellten Bestimmung bei Erhalt des City-Hofs möglich wäre, könnte nur bei genauer technischer Durchplanung geklärt werden.« Damit steht die denkmalschutzrechtliche Abbruchgenehmigung auf äußerst wackligen Füßen.

Fest steht jedoch, dass eine Abbruchgenehmigung nur erteilt werden darf, wenn für den/die Antragsteller/in gleichzeitig die Pflicht besteht, genau den Neubau mit der Wohnnutzung, die die überwiegenden öffentlichen Interessen darstellt, zu verwirklichen. Mit der Fa. August Prien wurde zwar ein entsprechender Vertrag vereinbart, doch für die Stadt besteht diese Pflicht nicht.

Die Akteneinsicht hat meine Überzeugung bestärkt, dass der Senat in Sachen City-Hof absolut unredlich vorgegangen ist und vorgeht. So gab es erhebliche Bedenken, ob eine denkmalschutzrechtliche Abrissgenehmigung rechtlich überhaupt möglich sei. Quasi als Entwarnung findet sich dann der Hinweis, dass die gerichtliche Überprüfbarkeit stark eingeschränkt sei, da die klageberechtigte Eigentümerin benachbarter Grundstücke die städtische Sprinkenhof GmbH sei. Nach meiner Kenntnis täuscht sich der Senat hier. Es gibt potenzielle KlägerInnen, die sehr wohl juristische Schritte überlegen.

Fazit

Egal, wie tief der Senat sinkt und mit welchen schmutzigen Tricks er arbeitet: Die engagierten StreiterInnen für den Erhalt des City-Hofs werden genauso wie DIE LINKE nicht aufgeben.

Tipps und Termine



Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat eine neue **Broschüre** unter der Überschrift **Mietenwahnsinn und Wohnungsnot vor Ort bekämpfen!** herausgegeben. Auf 28 Seiten gibt's reichlich Material, Daten, Grafiken und Forderungen, u.a. zu den Kapiteln Sozialwohnungen, Mietenwahnsinn und Verdrängung, soziale Bodenpolitik und Zwangsräumungen: www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Broschueren/broschueremietenwahnsinn-und-wohnungsnot-vor-ort-bekaempfen.pdf.

Auch die neue **KLAR**, das Quartalsmagazin der Bundestagsfraktion der LINKEN, ist dem Schwerpunkt **Mietenwahnsinn** gewidmet. Aber es geht auf den zwölf Seiten auch um viele andere Themen, die die Arbeit der FraktionInnen veranschaulichen. Mehr hier: https://issuu.com/linksfraktion/docs/7349_linksbtft_klar_44_web?e=14846121/65582176.

Im November 2018 ist eine neue Mobilitätsstudie erschienen. Der 32seitige **Kurzreport Hamburg und Metropolregion** veranschaulicht, warum die Elbmetropole im bundesdeutschen Vergleich denkbar schlecht abschneidet. Es gibt zwar Fortschritte, aber unter den 16 Bundesländern steht Hamburg an 14. Stelle. Nicht schön! Mehr siehe hier: www.hamburg.de/contentblob/11914848/66802cb6f20f2b2e9d84c3da37054f5f/data/mid-2017---kurzreport-hamburg-und-metropolregion.pdf.



Anderthalb Jahre liegt der famose **G20-Gipfel in Hamburg** nun zurück, und noch immer zeichnen Einsatzleiter Hartmut Duddy, Innensenator Andy Grote, die Polizei und jüngst die BILD ein Bild des Grauens und der Zerstörung. Differenzierte Töne und allemal die Fehler und Versäumnisse des Senats und der Polizei bleiben ausgespart. Wer sich davon ein objektiveres Bild machen möchte, der/



dem sei die neue **Broschüre** der Linksfraktion empfohlen. Auf 48 Seiten wird hier das Hohelied auf **Ein Festival der Demokratie** gesungen, aber nicht ganz so, wie das der Schöpfer dieses Slogans Grote gemeint hatte. Die Broschüre findet sich hier: www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2018/12/2018-12-G20-Broschüre-niedrigaufgelöst-Einzelseiten.pdf. Die O-Töne der beteiligten ProtestlerInnen sind in einem jüngst im Verlag AssoziationA erschienenen Buch zu finden. **Das war der Gipfel** lautet der Titel des 276seitigen, gut bebilderten **Buches**, herausgegeben von Theo Bruns und

weiteren AktivistInnen des Hamburger Netzwerks Recht auf Stadt. Wer wirklich wissen will, was in den Initiativen und Bewegungen in jenen Tagen gedacht und gemacht wurde, der/die ist hier genau richtig. Das Werk kostet 28,- € und ist in jedem Buchhandel zu bestellen.

Wer so was auszählt... aber denken wir einfach, die Zahl stimmt. 278 direktdemokratische Verfahren auf kommunaler Ebene hat es im laufenden Jahr gegeben, insgesamt 7.503 BürgerInnenentscheide seit 1956, davon 2.910 (= 40%) allein in Bayern und 891 (= 12%) in Baden-Württemberg. Und wer zählt so was aus und behält den Überblick? Der Verein Mehr Demokratie e.V., der nun auch seinen alljährlichen **Bürgerbegehrensbericht 2018** vorgelegt hat: https://mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2018-12-04_BB-Bericht2018.pdf. Ein Muss für jede/n an der BürgerInnenbeteiligung interessierten Menschen.



Gut zu wissen: Sage und schreibe **8 Millionen €** hat der Verteidigungsausschuss des deutschen Bundestages für das **Panzermuseum** in Munster bewilligt. Entscheidende Schützenhilfe dafür hat der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete **Johannes Kahrs** geleistet. So was erfährt mensch nur in der Provinzpresse, in diesem Fall aus dem »Heide Kurier« vom 14. Oktober (www.heide-kurier.de/Ausgaben/archiv/oktober2018/14.10.2018/141018HK.pdf). Vier Wochen später

heißt es in diesem Organ, dass der Haushaltsausschuss noch einmal nachgelegt habe. Nunmehr sind sogar **19,3 Millionen €** durchgewunken worden. Auf jeden Fall eine unglaublich sinnvolle Ausgabe in Zeiten umfangreicher Kriegsvorbereitungen... Das ist jetzt übrigens ironisch gemeint!

Seit längerem organisiert Harald Möller-Santner die Initiative »Hamburg hat Platz«. In diesem Zusammenhang finden auch regelmäßig Zusammenkünfte des **Ottenser Gesprächskreises zu Flucht und Migration** statt. Die erste Veranstaltung im neuen Jahr ist für **Dienstag, den 15. Januar**, um 19.00 Uhr im WillkommensKulturHaus (Bernadottestraße 7/Susettestraße 11) angesetzt. An diesem Abend lautet das Schwerpunktthema **Griechenland, die ökonomische Krise, Syriza und die Flüchtlinge**, als Referent konnte Dr. Joachim Bischoff gewonnen werden.

Im Altonaer Museum (Museumstraße 23) läuft zurzeit eine Veranstaltungsreihe zu »Schöner Wohnen in Altona. Stadtentwicklung im 20. und 21. Jahrhundert«. Am **Donnerstag, den 24. Januar**, geht es in den eigenen Räumen ab 18.30 Uhr um dieses Thema: **Gentrifizierungsturbo? Der Kampf um Ikea in Altona und die Folgen**. Christoph Twickel wird in das Thema einführen, anschließend gibt es eine Diskussion. Der Eintritt beträgt 1,50 €, ggfs. zuzüglich Museumseintritt. Mehr unter <https://shmh.de/de/gentrifizierungsturbo>.



Wem gehört Hamburg?



Hamburger Stadtentwicklungsmodell (Foto: Michael Joho)

Unter diesem Motto hat das JournalistInnenkollektiv Correctiv im vergangenen halben Jahr investigative Recherchen angestellt, um den Eigentumsverhältnissen hinsichtlich des Grund und Bodens und der Wohnhäuser in Hamburg auf die Spur zu kommen. Wie im Kapitalismus kaum anders zu erwarten, ist alles, was mit Eigentum zusammenhängt, wie unter einer Käseglocke verborgen. Es könnte sich ja ergeben, dass mit

dem Eigentum Schindluder getrieben wird. Dass noch mehr konkrete Belege für Steuerflucht auf die Kaiman-Inseln in der entfernten Karibik zutage treten, dass weitere Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandale auffliegen. Warum z.B. sind die Grundbücher in Deutschland quasi geheim, warum sind sie nicht öffentlich einsehbar wie beispielsweise in Polen?

Correctiv hat seine Recherche für Hamburg vorerst ein-

gestellt. Die umfangreichen Ergebnisse der Befragungen, Datenerhebungen und sonstigen Recherchen sind auf der Website <https://correctiv.org/top-stories/2018/11/23/wem-gehört-hamburg/> dokumentiert. Wir übernehmen hier eine in zehn Thesen geronnene Zusammenfassung von Justus von Daniels und Ruth Fend von Correctiv vom 27. November, Aussagen, die zugleich auch ein paar Hinweise liefern, was zu tun wäre.¹

Wem gehört Hamburg? 10 Beispiele, wie Intransparenz Mietern schadet (und was dagegen helfen könnte)

Mit unserer Recherche »Wem gehört Hamburg?« haben wir den Wohnungsmarkt transparenter gemacht. Doch er bleibt unübersichtlich. Die Erkenntnisse aus unserer Recherche:

1) Hausverwaltungen sind die Türsteher der Eigentümer

Mieter kennen oft lediglich die Hausverwaltungen ihrer Wohnungen. An die Eigentümer kommen viele gar nicht heran. Wenn Hausverwaltungen Probleme wie notwendige Reparaturen oder falsche Berechnungen von Nebenkosten aussitzen, kommen die Mieter kaum weiter. Diese Kleinkriege beschreiben wir in unserer Reportage »Die Große Bergstraße«.

2) Mieter wehren sich nicht aus Angst vor Mieterhöhungen

Mieter kennen die Interessenlage ihrer Vermieter nicht, sind sich ihrer Rechte unzureichend bewusst oder scheuen einen Nervenkrieg. Aus Unwissenheit oder Angst vor teuren Modernisierungen halten sie still. Die Konsequenz: Sie zahlen mehr als Mieter, die sich wehren, oder leben in maroden Häusern. Was helfen könnte: ein Wohn-TÜV, wie ihn der Mieterverein zu Hamburg fordert. Könnten die Behörden Gebäude regelmäßig begehen und prüfen, ob bestehende Gesetze zum Wohnraumschutz eingehalten werden, müssten die Mieter ihre Rechte nicht einzeln einklagen. Um solch einen Kontrollmechanismus einzurichten, bräuchte es zunächst ein Immobilienregister, das alle Hauseigentümer erfasst.

3) Die Stadt verkauft Grundstücke an undurchsichtige Unternehmen

Jedes Jahr kauft und verkauft die Stadt Hamburg Flächen, auf denen Wohnungen gebaut werden. Wer den Zuschlag bekommt, entscheidet das zuständige Gremium innerhalb weniger Minuten. Dessen Mitgliedern ist oft selbst nicht klar, wer sich hinter dem Interessenten verbirgt. Dennoch hat die Stadt in den vergangenen sieben Jahren Grundstücke auch an Unternehmen verkauft, die in Steueroasen registriert sind.

4) Wir zeigen, an wen die Stadt verkauft hat

An wen die Stadt Hamburg Grundstücke verkauft hat, war der Öffentlichkeit bislang nicht bekannt. Wir haben diese Informationen eingefordert. Hier kann jeder die Verkäufe von 2011 bis 2017 einsehen.

5) Unternehmen nutzen Steuertricks im Immobilienmarkt

Wenn große Unternehmen Wohnungspakete kaufen, rechnen sie ihre Steuern für den Kauf ganz leicht und oft gerade noch legal auf null. Wenn sie in Luxemburg sitzen, können sie weitere Steuern einsparen. Diese Geschäftsmodelle müssen auf den Prüfstand. Dazu braucht die Öffentlichkeit Zugang zu den Namen der Eigentümer.

6) Pensionskassen heizen den Markt an

Die zweitgrößte Käufergruppe von Immobilien sind Pensionskassen – mindestens 110 Mio. Euro haben sie 2017 in Hamburger Häuser investiert. Zu den Eigentümern in Hamburg zählen große internationale Fonds ebenso wie zum Beispiel die Pensionskasse von Edeka. Die Supermarktkette besitzt also Wohnungen, die sie mit den Beiträgen ihrer Mitarbeiter zur betrieblichen Altersvorsorge gekauft hat. Den wenigsten von ihnen dürfte bewusst sein, dass die Geldanlagen auch die Preise im Immobilienmarkt mit in die Höhe treiben – und letztlich die Mieten. Ohne solch ein Bewusstsein findet auch keine Debatte statt, welche Art von Regeln für Pensionskassen und Fonds gelten sollten.

7) Geldwäsche bleibt im Dunkeln

Wie viel Geld in deutschen Immobilien gewaschen wird, ist reine Spekulation, weil die Behörden kaum ermitteln können. Das Bundeskriminalamt schätzt, dass es 25 Milliarden Euro sein könnten. Doch in Hamburg gibt es in diesem Jahr nur einen einzigen Fall von Geldwäsche vor Gericht. Es fehlt der Polizei zu oft an Zugang zu übersichtlichen Datenbanken, um bei einem Verdächtigen zu prüfen, welche Immobilien ihm vielleicht gehören. Ein Immobilienregister in Kombination mit anderen Datenbanken würde das deutlich erleichtern. In der Politik mehrten sich die Stimmen, allein aus diesem Grund den Wohnungsmarkt transparenter zu machen.

8) Die städtische Saga verdient mit Mieterhöhungen am Immobilienboom mit

Es gibt keine öffentliche Diskussion darüber, welche Vorgaben die Stadt Hamburg ihrem eigenen Wohnungsunternehmen, der Saga, macht. Nicht, in welcher Höhe sie Mieten erheben oder in was sie investieren soll. Die Saga veröffentlicht zudem nicht, wo sich ihre Wohnungen befinden. In gefragten Wohnlagen robbt sie sich Hinweisen aus unserem CrowdNewsroom zufolge mit regelmäßigen Erhöhungen an den Mietspiegel heran.

9) Mieter wissen nicht immer, wer der Eigentümer ist

Wenn man den tatsächlichen Eigentümer nicht kennt, kann es passieren, dass man vermeintlich bei einer Stiftung mietet, tatsächlich aber bei einem Fonds gelandet ist. Ein Mieter hat mit unserer Hilfe wissen wollen, ob die Stiftung, die auf seinem Mietvertrag als Vermieter einer altersgerechten Woh-

¹ Quelle: <https://correctiv.org/aktuelles/wem-gehört-hamburg/2018/11/27/10-beispiele-wie-intransparenz-mietern-schadet-und-was-dagegen-helfen-koennte>

nung angegeben ist, auch der Eigentümer des Hauses ist. Die Recherche ergab, dass dahinter ein Investmentfonds stand. Womöglich hätte er sich in diesem Fall für einen anderen Alterssitz entschieden.

10) Politiker fordern Immobilienregister

Ein erster, einfacher Schritt wäre ein zugängliches Immobilienregister. Das fordern mittlerweile mehrere Parteien. In anderen Ländern Europas gibt es diese Register. Jeder kann dort

einsehen, wer Eigentümer eines Hauses ist. Dieses Register wäre, wenn es auf Unternehmen als Eigentümer beschränkt wäre, im Einklang mit dem Datenschutz und würde niemandem schaden. Im Gegenteil: Es könnte die Bekämpfung von Geldwäsche erleichtern, die Basis für einen Wohn-TÜV bilden und eine differenziertere und ehrlichere Debatte über den Wohnungsmarkt ermöglichen.

Pressefreiheit hin, Demokratie her, wer in Deutschland aufklärenden, an die Wurzeln gehenden Journalismus betreibt, muss mit Widerstand der herrschenden Kreise rechnen. Wir dokumentieren eine kürzlich veröffentlichte **Pressemeldung der Linksfraktion vom 12.12.2018**:

Ermittlungen gegen »Correctiv« sind Anschlag auf die Demokratie

Weil er zusammen mit vielen anderen Journalist_innen den größten Steuerraub Europas, den so genannten Cum-Ex-Skandal, aufgedeckt hat, ermittelt die Schweizer Justiz gegen Correctiv-Chefredakteur Oliver Schröm – wegen angeblicher Spionage. Die Hamburger Staatsanwaltschaft zieht nach und ermittelt wegen vermeintlicher »Anstiftung zum Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen« gegen ihn.

»Das ist ein unglaublicher Anschlag auf die Pressefreiheit! Investigativer Journalismus ist kein Verbrechen, sondern unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie«, erklärt dazu Norbert Hackbusch, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. »Nicht die Journalist_innen sollten verfolgt werden, die das Verbrechen aufgedeckt haben, sondern diejenigen, die es begangen haben: die Steuerräuber_innen! Es ist mir völlig unklar, warum die Staatsanwaltschaft Hamburg dieses Spiel der Banken mitmacht. Die Ermittlungen gegen Oliver Schröm gehören sofort eingestellt.«

Wohnungs- & Mietenpolitik in HH: So sieht's aus



Mietenmove 2018 (Foto: Michael Joho)

An ihren Taten sollt ihr sie messen, manchmal reicht es aber auch schon, einige Worte in Erinnerung zu rufen, um auf Lügen, Verdrehungen, Kaschierungen oder eben auf die wahren Verhältnisse aufmerksam zu machen. Wir erlauben uns daher, einige Zitate zusammenzustellen, die gleißende Lichter auf die Wohnungs- und Mietenpolitik in Hamburg werfen.

Lüge vom Drittelmix

Stadtentwicklungssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt** lobte bei der Eröffnung der »Hamburger Immobilienmesse« am 17. Juni 2017 den sogenannten Drittelmix, den es tatsächlich niemals gegeben hat: Zu **keinem** Zeitpunkt sind in Hamburg auch nur ansatzweise 33,3% Sozialwohnungen

seit 2011 entstanden. Was Frau Stapelfeldt nicht anfigt: »Und weil Hamburg eine Stadt für Alle bleiben soll, **achten wir** bei den neuen großen Stadtentwicklungsprojekten wie der Mitte Altona, im Pergolenviertel und Stadtparkquartier in Hamburg-Nord oder in Neugraben in den Fischbeker Reethen **auf den inzwischen bundesweit bekannt gewordenen »Drittelmix«** – also eine Mischung aus je einem Drittel frei finanzierten, einem Drittel sozial geförderten und einem Drittel Eigentumswohnungen.« (www.hamburg.de/bsw/9051638/2017-06-17-immobilienmesse/)

Ferienwohnungen

Obwohl immer mehr Wohnungen als Ferienwohnungen zweckentfremdet werden und in den vergangenen Jahren nur wenige BehördenmitarbeiterInnen eingesetzt waren, um dagegen vorzugehen, lässt sich der Senat dafür feiern, dass zum 1. Januar 2019 acht neue Stellen geschaffen werden. **Stapelfeldt:** »Auch mit dem Wohnraumschutz sorgen wir in Hamburg für langfristiges, bezahlbares Wohnen. Wir schützen Hamburgs Mieterinnen und Mietern vor den negativen Folgen der zunehmenden Ferienwohnungsvermietung und ziehen schwarze Schafe unter den Ferienwohnungsvermietern zur Verantwortung. **Für eine gute und schnelle Umsetzung schaffen wir zusätzlich dauerhaft acht neue Stellen** für den Wohnraumschutz in Hamburg und **verlängern zwei** derzeit befristet finanzierte Stellen bis 2020. So können wir unser Instrument schärfen, um auch gegen Überbelegung, Verwahrlosung und Leerstand vorzugehen.« (PM der BSW vom 21.8.2018, www.hamburg.de/bsw/presse/11545366/2018-08-21-bsw-wohnraumschutzgesetz/)

Dem steht der Umstand gegenüber, dass diese acht Stellen nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein sind. So hat z.B. das Bezirksamt Hamburg-Mitte 3,5 Vollzeit-Äquivalent-Stellen (VZÄ) an Personalmehrbedarf angemeldet, »um das Hamburgische Wohnraumschutzgesetz ordnungsrechtlich durchsetzen zu können«, bekommt aber nur eine Stelle. »Es ist daher abzusehen, dass die geplante personelle Aufstockung im Bezirksamt Hamburg-Mitte für die uneingeschränkte Durchsetzung des novellierten HmbWoSchG **nicht auskömmlich** sein wird.« (Fachamts-Stellungnahme zur bezirklichen Drs. 21-4372.1 vom 6. September 2018) Selbst ein gutes Dutzend Stellen für Hamburg in diesem Bereich bleibt weit hinter den Erfordernissen zurück. In Berlin sind »etwa 60 Mitarbeiter um Anwendung und Kontrolle des Verbotsgesetzes« bemüht (»Berliner Tagesspiegel« vom 31.1.2018, www.tagesspiegel.de/berlin/zweckentfremdungsverbot-in-berlin-8000-zweckentfremdete-wohnungen-zurueck-auf-de-wohnungsmarkt/20908372.html).

Vorkaufsrecht

Der Senat lässt sich auch dafür feiern, erstmals ein Wohnhaus (32 Wohneinheiten) in der Hein-Hoyer-Straße wegen unsozialer Allüren der EigentümerInnen im Vorkaufsrecht zu erwerben. Finanzsenator Dr. Andreas Dressel in der entsprechenden Pressemitteilung der Finanzbehörde vom 7. November 2018: **»Die Ausübung städtischer Vorkaufsrechte ist**



Mietenmove 2018 (M. Joho)

ein wichtiger Bestandteil unserer aktiven Grundstücks politik. (...) Dort, wo es nötig und möglich ist, können wir mit der Ausübung städtischer Vorkaufsrechte Hamburgs Mieterinnen und Mieter gezielt schützen.« (www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/11841268/2018-11-07-bsw-fb-stadt-uebt-vorkaufsrecht-aus/). Christoph Twickel wies auf »ZEIT ONLINE« am 21.11.2018 darauf hin, dass es »in München seit Jahren üblich (ist), Verkäufe an allzu gierige Investoren zu verhindern. Berlin hat in den vergangenen drei Jahren rund 800 Wohnungen per Vorkaufsrecht erworben.« (<https://www.zeit.de/2018/48/immobilienmarkt-vorkaufsrecht-mieterschutz-investoren-modernisierungen>)

Mietenspiegel 2015 und 2017

Sprachliche Kreativität bewies **Stapelfeldt** bei der Vorstellung des »Mietenspiegels 2015« am 25. November 2015 (die Mieten waren durchschnittlich um 6,1% gegenüber 2013 angewachsen): **»Die Entwicklung des Mietenspiegels zeigt, dass der Hamburger Wohnungsmarkt weiterhin dynamisch ist.«** (»Hinz&Kunzt« online vom 25.11.2015, www.hinzundkunzt.de/mietenspiegel-2015-vorgestellt/). Bei der Vorstellung des »Mietenspiegels 2017« am 5. Dezember 2017 (die Mieten waren durchschnittlich um 5,2% gegenüber 2015 gestiegen): **»Die Entwicklung des Mietenspiegels deutet auf eine anhaltend hohe Nachfrage und einen weiterhin dynamischen Wohnungsmarkt hin.«** (PM der BSW vom 5.12.2017, www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/10014650/2017-12-05-bsw-mietenspiegel-2017/)

Dynamisch klingt allemal besser als gestiegen oder gar explodiert!

Mietenwahnsinn I

Allen Bekundungen des Senats zum Trotz zeigen repräsentative Umfrageergebnisse der Wochenzeitung »Die Zeit« (Hamburg) vom März 2018 ein ganz anderes Ergebnis: **»Sieben von zehn Hamburgern machen sich große oder sehr große Sorgen, sie persönlich könnten sich das Leben in ihrer Stadt in Zukunft nicht mehr leisten.«** (ZEIT-Hamburg-Redaktion, »Zeit Online« vom 21.3.2018, <https://www.zeit.de/2018/13/wohnen-grossstaedte-mietpreise-wohnraum-wohnungsbau>)

Mietenwahnsinn II

Und Mietervereins-Chef Siegmund Chychla zeichnet dieses Bild von der Mietwirklichkeit in Hamburg: **»30 Prozent der Hamburger werden sich in den nächsten Jahren ihre Miete nicht mehr leisten können.«** (»Die Welt online« vom 13.11.2018, www.welt.de/183797148)

Ein neues Lied, ein besseres Land



Hintergrund: U-Bahn-Station Hamburg-Billstedt (wikimedia),
vorne: Uwe Böhm

So könnte das Wirken von Uwe Böhm überschrieben werden. Seit vielen Jahren begleitet er die alternativen Stadt(teil)bewegungen mit selbst getexteten Liedern. Vor allem in Billstedt und Mümmelmannsberg ist er bekannt wie ein bunter Hund, hat er dort doch immer wieder Initiativen angeschoben, um der Armut, dem schleichenden Demokratieabbau und dem täglichen Rassismus entgegenzutreten. Wir nehmen hier gerne ein neues Lied von ihm auf, das sich gegen den Mietenwahnsinn in dieser Stadt wendet. Wir danken Uwe für die »Abdruckgenehmigung«.

Wisst ihr, dass fast jeder zweite Bewohner unserer Stadt, auf Grund seines Einkommens das Recht auf eine Sozialwohnung hat?

Wisst ihr, dass nach Abzug der Miete für viele kaum was zum Leben bleibt,

dass man mit dieser künstlich erzeugten Not, die Menschen aus ihren Vierteln vertreibt?

Wisst ihr, dass für jedes Drecksloch die Menschen Schlange steh'n?

Man kann in ihren Gesichtern die tiefe Verzweiflung sehn.

Refrain

Die Stadt gehört uns allen und Leerstand gehört besetzt, Miethaie sind zu enteignen, da hilft sogar das Grundgesetz. Spekulant*innen aus den Städten vertreiben und ihre Helfer aus der Politik

Denn Wohnen ist ein Menschenrecht, aber hier dient es dem Profit.

Wisst ihr, dass die Mietpreisbremse gar nicht funktionieren soll?

Sie ist löchrig wie ein Schweizer Käse, ein Alibiattoll.

Die Immobilienkonzerne haben über diese Bremse herzhaft gelacht

und mit den vielen Ausnahmen gute Geschäfte gemacht. Wisst ihr, wie viele Wohnungen man an die Konzerne verscherbelt hat?

Das hat man politisch gewollt, die Interessen der Immobilienfonds bedacht.

Refrain

Wisst ihr, dass der Mietenspiegel nur die Wohnungen umfasst, bei denen sich in den letzten vier Jahren die Miete verändert hat?

Dieser Spiegel ist ein Gräu*el und nur für die Vermieter schön, damit treibt die Politik die Mieten in immer neue Höh'n. Leider haben wir diese Politiker selbst gewählt.

Würden wir uns anders entscheiden, wären deren Tage gezählt.

Refrain

Wisst ihr, dass hier in Hamburg 150.000 Wohnungen fehl'n, die billig und bezahlbar sind, denn das ist das Problem.

Wisst ihr, dass mehr Sozialwohnungen hier verloren geh'n, als die die durch den Wohnungsbau wirklich neu entstehen? So wird bewusst in Kauf genommen, wie die Entwicklung zeigt.

Dass überall in diesem Land die Obdachlosigkeit steigt.

Schlussrefrain

Nun stellt sich doch die Frage, was hilft in dieser Not?

Die immer mehr die Existenz der Menschen hier bedroht. Vielleicht hilft ein Blick nach Frankreich und deren Protest.

Das auch hier zu probieren, das wäre gar nicht schlecht.

Es ist die Kraft der Straße, die etwas ändern kann.

Das sollte bald passieren und nicht irgendwann.

Kulturipp: 100 Jahre Revolution & die Folgen



Hintergrund: Rathausmarkt um 1919, Museum für Hamburgische Geschichte

Zweimal haben wir in den vergangenen Monaten an dieser Stelle auf Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen zur Novemberrevolution 1918 und ihren Folgen hingewiesen. Jetzt laden wir noch einmal – sozusagen in eigener Sache – ein. Denn am Samstag, den 19. Januar 2019, gibt sich die Linksfraktion die Ehre, an die damaligen Ereignisse, Höhen und Tiefen der revolutionären Auseinandersetzungen zu erinnern. Der Termin ist nicht zufällig gewählt, denn genau 100 Jahre zuvor fand am 19. Januar 1919 die Wahl zur deutschen (Weimarer) Nationalversammlung statt. Es war die erste Wahl nach der Revolution, die das Ende der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte bedeutete, aber in der endlich das Verhältniswahlrecht beherzigt wurde und die Frauen erstmals ihre Stimme an den Wahlurnen abgeben durften. Damals errang die SPD auf Reichsebene 37,9% (in Hamburg sogar 51,3%), das katholische Zentrum 19,7% und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei 18,5%. Diese drei Parteien bildeten die sog. Weimarer Koalition, die die Weichen nach dem Kriegsende und der stecken gebliebenen Revolution stellte.

Bei der ersten Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft am 16. März 1919 konnte die SPD zwar die absolute Mehrheit der Stimmen erringen, doch der sozialdemokratische Spitzenkandidat Otto Stolten überließ dem bisher amtierenden Bürgermeister Werner von Melle diesen Job, im Hinblick auf den Rückhalt der alten Hamburger Familien«, wie es im »Digitalen Hamburg Geschichtsbuch« heißt (<https://geschichtsbuch.hamburg.de/epochen/weimarer-republik/aufbruch-in-die-de->

mokratie-utopien-werden-erprobt/). In Berlin hatten Friedrich Ebert und Gustav Noske mit Generalstabschef Wilhelm Gröner paktiert, in Hamburg überließ die SPD dem Repräsentanten der untergegangenen Monarchie den Bürgermeisterposten.

Und so war klar, dass die Revolution unvollendet blieb: Der Ruf nach Sozialisierung, der vollständige, auch personelle Bruch mit dem alten System, die Schaffung eines vollständigen demokratisierten Deutschlands – all das blieb aus. Um diese Zusammenhänge geht es auf der Veranstaltung der Linksfraktion am 19. Januar ab 18.00 Uhr im Rathaus. Es wird ein bewegter Abend, mit Texten und Dokumenten, mit Liedern und Bildern aus der Zeit der Novemberrevolution, der Arbeiter- und Soldatenräte und eben der Nationalversammlung. Gewonnen werden konnten dafür die SchauspielerInnen Sylvia Wempner und Rolf Becker, der Musiker Kai Degenhardt sowie das Literarische Menüett aus St. Georg, bestehend aus Liane Lieske, Harald Heck, Bernhard Stietz-Leipnitz und Eberhard Marold. Einleitende Worte zu dieser historisch-politischen Kulturveranstaltung steuert Sabine Boeddinghaus, die Vorsitzende der Hamburger Linksfraktion, bei.

P.S.: Weiter empfohlen seien die Veranstaltungen der Geschichtswerkstatt St. Georg, u.a. ein Vortrag von Klaus Gietinger zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 24. Januar. Mehr dazu: www.gw-stgeorg.de/media/2018-2019_Jahresprogramm_Gesamt.pdf

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.